

## SPD führt in schwieriger Zeit

Liebe Genossinnen und Genossen, am 7. Juni 2009 wurde das Europäische Parlament neu gewählt. Wir haben dafür gekämpft die konservative und marktliberale Mehrheit abzulösen. Unser Ziel war und ist ein Europa, das Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Umwelt und wirtschaftlichen Erfolg zusammenbringt. Das Wahlergebnis ist für die SPD enttäuschend. Die geringe Wahlbeteiligung zeigt, dass wir es trotz einem engagierten Wahlkampf nicht geschafft haben unsere Anhängerschaft zu mobilisieren. Daran müssen wir bis zur Bundestagswahl arbeiten. Erfreulich ist, dass unsere Europa-Abgeordnete Ulrike Rodust erneut in das Europäische Parlament eingezogen ist. Dazu gratuliere ich und wünsche für die sicherlich nicht einfacher gewordene Arbeit alles Gute.

Wie notwendig eine starke SPD ist, zeigt sich derzeit auch auf der Bundesebene. Während die CDU/CSU sich in wichtigen Punkten in innerparteilichen Richtungskämpfen aufreißt, arbeitet die SPD geschlossen und zielstrebig. Die erfolgreichen Verhandlungen für eine Rettung von Opel zeigen, dass der Staat gut beraten ist, aktiv zu handeln statt zuzuschauen. Der jetzt vorgelegte Plan eröffnet Dank dem unerlässlichen Engagement unseres Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier und des Bundesfinanzministers Peer Steinbrück die Chance viele Arbeitsplätze bei Opel und in der Zulieferindustrie zu erhalten. Das unverantwortliche „bayrische“ Gerede von einer „Planinsolvenz“ hat dabei nicht wirklich viel geholfen.

Auch innerhalb unserer Partei ist viel geschehen. Frank-Walter Steinmeier, Franz Müntefering, Peer Steinbrück, Andrea Nahles, Martin Schulz, Peter Struck, Hubertus Heil und Klaus

Wowerit waren im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Das Neue Jahrzehnt" in ganz Deutschland unterwegs, um mit den Menschen über die sozialdemokratischen Vorschläge und Ideen für die kommenden Jahre zu diskutieren. Die Ergebnisse dieser Diskussionen sind in den einstimmig am 18. April 2009 vom SPD-Parteivorstand angenommenen Entwurf für das Regierungsprogramm eingeflossen. Dies wird nun endgültig auf dem Parteitag am 14. Juni 2009 in Berlin beschlossen. "Sozial und Demokratisch" ist der Titel des Regierungsprogramm-Entwurfs. Konkret heißt das: Arbeit sichern und neue schaffen, Ausbildung gewährleisten, Finanzmärkte, denen klare Regeln gegeben werden; Wirtschaft, die wieder den Menschen dient; eine entschlossene Bildungspolitik, die keinen zurücklässt und nicht erst nach Zuständigkeiten fragt; echte Gleichstellung von Mann und Frau, mehr Unterstützung für Familien und ein gerechter Ausgleich der Lasten aus der Krise. Klar ist auch die Fortsetzung der Energiewende hin zu erneuerbaren Energien - der Atomausstieg gilt. Und vor allem der Kampf um mehr und gute Arbeit mit einem gesetzlichen Mindestlohn. Mit dem Entwurf unterstreicht die SPD weiter ihren Führungsanspruch.

Am 23. Mai 2009 hat die Bundesversammlung zum 13. mal einen Bundespräsidenten gewählt. Horst Köhler hat die denkbar knappste Mehrheit erhalten. Die SPD hatte mit Gesine Schwan eine hervorragende Kandidatin ins Rennen geschickt. Wie die Reaktionen gezeigt haben, waren die von ihr angestoßenen Debatten über unsere parlamentarische Demokratie nötig und bereichernd. Für ihre Kandidatur und ihr Engagement sind wir Gesine dankbar.

Herzlichst Euer




Franz Thönnies, MdB

### IN DIESER AUSGABE

#### Kurz notiert - Aktuelles

2. Schulbedarfspaket
2. Umweltpremie wird fortgeführt
2. Kurzarbeit verlängert
3. Finanzkrise
3. Neues Heimrecht
4. Föderalismusreform II
6. Ostseestrategie voranbringen
7. Mindestlohngesetze erhalten Zustimmung
8. SPD und Gewerkschaften - Für ein Soziales Europa

#### Berlin

9. Schwerbehindertenvertreter in Berlin
9. Norderstedter Arbeitnehmervertreter auf SPD-Betriebsrätekonferenz
10. Gewerkschaftsjunior in der Hauptstadt
11. Besucherandrang ungebrochen
11. Vorübergehende Teamaufstockung im MdB-Büro
12. Girls-Day
12. Charity Network erhält Urkunde in Berlin

#### Aus dem Wahlkreis

13. Ein Jahr in den USA
13. Landesparteitag Schleswig-Holstein
14. Kruse-Gobrecht und Thönnies: Gemeinsam gegen Kinderarmut

#### 15. Termine / Impressum

## Schulbedarfspaket wird auch nach Klasse zehn gezahlt



Quelle: hofschlaeger / [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich durchgesetzt: Das Schulbedarfspaket für Kinder aus einkommensschwachen Familien wird bis zum Abitur ausgeweitet. Dies wollten die Sozialdemokraten bereits mit dem Beschluss des Familienleistungsgesetzes aus dem letzten Jahr erreichen, was jedoch aufgrund der lang andauernden Blockadehaltung der Union nicht möglich war. Nun ist im Frühjahr der Durchbruch gelungen. Außerdem wird der Kreis der Kinder erweitert, der einen Anspruch auf das Schulbedarfspaket in Höhe von 100 Euro jeweils zum Schuljahresbeginn hat. Dies waren bislang Kinder aus Familien, die entweder Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe erhalten. Künftig bekommen es auch Kinder aus Familien, die trotz eigenen Einkommens zur Bewältigung ihres Lebensunterhaltes den Kinderzuschlag erhalten. Gleiches gilt für Vollzeitberufsschüler, die keine Ausbildungsvergütung erhalten.

Die Automobilindustrie ist eine Schlüsselbranche der deutschen Volkswirtschaft. Aufgrund seines dichten Netzes an Herstellern und Zulieferern ist die Bundesrepublik "das Silicon Valley" der Autoindustrie. Und das soll auch so bleiben. Zusammen mit den Zulieferern leidet sie allerdings besonders unter der Wirtschaftskrise. Durch die, auf Vorschlag der SPD eingeführten, Umweltprämie wurde diese Schlüsselbranche mit ihren Arbeitsplätzen unterstützt. Für die SPD-Bundestagsfraktion stand schnell fest, dass falls die Zeiten in der Autoindustrie schwierig bleiben, dieses sehr erfolgreiche Instrument nicht "sang- und klanglos" auslaufen dürfe. Deshalb hat sie erneut die Initiative übernommen und erfolgreich für eine Fortsetzung gekämpft. Mit dem am 28. Mai 2009 in 2./3. Lesung beratenen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“ (Drs. 16/12662, 16/13214) werden die Mittel um 3,5 Milliarden Euro auf 5 Milliarden Euro aufgestockt, und die Frist für den Antrag wird bis zum 31. Dezember 2009 verlängert. Spätester Zeitpunkt für die Zulassung eines Neuwagens bleibt aber der 30. Juni 2010. Damit können statt der geplanten 600.000 nun, bis zum 31. Dezember 2009, rund zwei Millionen Bürger von ihr profitieren. Zum 7. April 2009 lagen dem zuständigen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle etwa 1,2 Millionen Anträge vor.

## Umweltprämie wird fortgeführt



Quelle: dido-ob / [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)



Quelle: Gerd Altmann (geralt) / [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)

Die Bundesregierung hat am 20. Mai 2009 deutliche Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld beschlossen. Das Instrument wird künftig noch attraktiver: Kurzarbeitergeld kann künftig bis zu 24 Monate gezahlt werden. Und die Bundesregierung bietet den Unternehmen an, dass ab dem 7. Monat die Sozialversicherungsbeiträge voll von der Bundesagentur für Arbeit übernommen werden. Das gibt Planungssicherheit und unterstützt alle Unternehmen, die an ihren Mitarbeitern festhalten wollen. Das Signal ist klar. Die Große Koalition spannt auf Initiative der SPD einen Schutzschirm für Arbeitsplätze. Für über zwei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist seit Jahresbeginn Kurzarbeit angezeigt worden. In einzelnen Branchen ist Kurzarbeit

für fast jeden Dritten Beschäftigten angemeldet worden. Die Zahlen belegen eindrucksvoll: Kurzarbeit ist das Instrument, um in der Krise Arbeit zu sichern. Die Kabinettsbeschlüsse gehen zurück auf Vorschläge, die Bundesarbeitsminister Olaf Scholz gemeinsam mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und dem BDA-Präsidenten Dieter Hundt erarbeitet hat. Das zeigt: Die Krise kann gemeistert werden, wenn Sozialpartner und Regierung zusammenstehen. Damit können Entlassungen vermieden und Fachkräfte in den Betrieben gehalten werden. Die Änderungen sollen mit Wirkung vom 1. Juli 2009 in Kraft treten und sind bis zum 31. Dezember 2010 befristet.



## Finanzmarktaufsicht verbessern Klare Regeln / mehr Transparenz

Quelle: Gerd Altmann(geralt) / www.pixelio.de

Die bisherige Entwicklung der Finanzmarktkrise gibt Anlass dafür, die vorhandenen Eingriffsinstrumente der Finanzmarktaufsicht zu überprüfen und Änderungen vorzunehmen, mit denen sich die Durchschlagskraft der Finanzmarktaufsicht verbessern lässt. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat die Forderung nach klaren Regeln und mehr Transparenz für die Finanzmärkte bereits Anfang 2007 während der deutschen EU- und der G 7-Präsidentschaft auf die Tagesordnung gesetzt.

Diese waren damals jedoch nicht durchsetzbar. Anfang April 2009 konnten auf dem G20-Treffen in London jedoch erste internationa-

le Erfolge erzielt werden. Man hat sich darauf geeinigt, dass kein Finanzmarktprodukt, kein Teilnehmer und kein einziger Finanzmarkt mehr unreguliert und unbeaufsichtigt bleiben darf. Einschließlich der Ratingagenturen und der Hedge-Fonds. Erfreulich dabei war, dass speziell die USA dazu beigetragen haben, diese Lösungen für eine bessere Finanzmarktregulierung zu finden.

Damit sich eine Finanzmarktkrise wie die jetzige nicht wiederholt, ist es neben dem Umbau der Strukturen wichtig, auch die Finanzmärkte in Deutschland wirksamer zu überwachen. Um dies zu gewährleisten, soll die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

(BaFin) mehr Befugnisse erhalten. In Zukunft soll ihr unter anderem ermöglicht werden, die vorgeschriebene Höhe des Eigenkapitals eines Finanzinstitutes in Abhängigkeit von Geschäftsrisiken heraufzusetzen.

Gerade der Mangel an Vorsorge im Hinblick auf die Eigenmittel und die Liquiditätssteuerung hat in großem Maße zur Finanzmarktkrise beigetragen. Die konkrete Umsetzung dieser Ziele hat der Deutsche Bundestag am 6. Mai 2009, mit der Beratung des Regierungsentwurfs für ein „Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht“ (Drs. 16/12783), in 1. Lesung begonnen.

### Neues Heimrecht



Quelle: Gerd Altmann (geralt) / www.pixelio.de

Der Deutsche Bundestag hat am 29. Mai 2009 in 2./3. Lesung den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Neuregelung der zivilrechtlichen Vorschriften des Heimgesetzes nach der Föderalismusreform (Drs. 16/12409,

16/13209) mit wenigen Detailänderungen beschlossen. Aufgrund der Neuverteilung der Kompetenzen durch die Föderalismusreform ist eine Neuregelung der zivilrechtlichen Vorschriften des Heimgesetzes notwendig geworden. So sind diese nicht mehr im Bundesgesetz geregelt, sondern müssen gesondert geregelt und inhaltlich weiterentwickelt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Bedürfnisse von Menschen im Alter, bei Pflegebedarf und bei Behinderung deutlich gewandelt haben. Selbstständigkeit und Selbstverantwortung sind zu zentralen Maßstäben geworden. Alltagsnormalität und Wahlfreiheit sind Werte, die ein neues Quali-

tätsverständnis in der Pflege prägen und sich insbesondere auch an der Wohnform festmachen. Artikel 1 der Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen rückt dementsprechend den Anspruch auf Selbstbestimmung und Hilfe zur Selbsthilfe in den Vordergrund. Ziel der Neuregelung ist es, ältere sowie pflegebedürftige oder behinderte volljährige Menschen bei Abschluss und Durchführung von Verträgen über die Überlassung von Wohnraum mit Pflege- und Betreuungsleistung vor Benachteiligungen zu schützen. Sie werden damit in einer möglichst selbstständigen und selbstbestimmten Lebensführung unterstützt. Das Gesetz tritt zum 1. Oktober dieses Jahres in Kraft.

## Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

### Erklärung der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein



Quelle: Gerd Altmann (geralt) / www.pixelio.de

Am 29. Mai 2009 hat der Deutsche Bundestag das Reformpaket zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beschlossen. Die Gesetzesentwürfe basieren auf den Empfehlungen der Föderalismuskommission II.

Diese hat am 5. März 2009 nach zwei Jahren ihre Arbeit abgeschlossen und umfangreiche Vorschläge vorgelegt, die zum Teil auch Kompromisse zwischen den politischen Lagern sind. Es gibt erhebliche Verbesserungen für die öffentliche Verwaltung, insbesondere in der Steuerverwaltung, bei der öffentlichen IT, beim Benchmarking. Des Weiteren konnte ein großer gesundheitspolitischer Erfolg erzielt werden: Endlich wird das nationale zentrale Krebsregister eingerichtet. Neben diesen Änderungen ist es der SPD-Bundestagsfraktion auch gelungen,

die Finanzhilfekompetenz des Bundes in begrenztem Umfang zu öffnen (Stichwort Kooperationsverbot). Wichtigste Aufgabe dieser Reform ist aber die nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen. Hierbei gilt es die Weichen, auch mit Blick auf das Auslaufen des Länderfinanzausgleichs und des Solidarpakts II im Jahr 2019, richtig zu stellen.

Das Reformpaket weist einen Weg aus der Schuldenspirale, indem es die Haushaltspolitik am Nachhaltigkeitsgedanken ausrichtet. Nur ein finanziell solider Staat kann Innovation und Wachstum fördern und bleibt auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig. Wichtigster Punkt sind die neuen Schuldenregeln, also die Schuldenregel für den Bund (Artikel 115 Grundgesetz) und eine Rahmenvorschrift für Bund und Länder (Artikel 109

Grundgesetz). Der nicht mehr tragfähige Investitionsbegriff fällt weg. Dieser stellte einen Teil der nachhaltigen Staatsausgaben („Investitionen in Köpfe“) schlechter als andere („Beton“).

Die neuen Schuldenregeln orientieren sich an den Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts („Maastricht-Regeln“). Sie unterscheiden daher insbesondere die strukturelle und die konjunkturelle Situation der einzelnen Haushalte. Die neue

Schuldenregel für den Bund und die Rahmenregel für Bund und Länder tritt zum 1. Januar 2011 in Kraft.

#### Strukturelle Komponente

Dem Bund wird ab dem Jahr 2016 eine jährliche Neuverschuldung in Höhe von maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erlaubt. In konjunktureller Normallage sind dies jährlich rund 8,5 Milliarden Euro statt derzeit etwa 25 Milliarden Euro. Ab 2011 baut der Bund das strukturelle Defizit in gleichmäßigen Schritten stufenweise bis 2016 auf 0,35 Prozent des BIP ab. Für die Länder gilt ab 2020 eine strukturelle Nullverschuldung. Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2011 bauen die Länder stufenweise die Neuverschuldung auf 0,0 Prozent des BIP in 2020 ab. Ein konkreter Pfad wird den Ländern dabei nicht vorgege-

## Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

### Erklärung der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein - TEIL - II

ben; die Übergangsphase bis zur Zielerreichung wird einer entsprechenden Gestaltung durch die Länder überlassen.

#### Konjunkturelle Komponente

Hier gilt das „3-Prozent-Kriterium“ (Maastricht). Konjunkturbedingt können Bund und Länder sich weiterhin verschulden (3 Prozent wären derzeit ca. 50 Milliarden Euro).

Diese Schulden, die der Staat in schlechten Zeiten macht, müssen aber in guten Zeiten zurückgeführt werden.

#### Ausnahmeregelung in Notsituationen

Mit Kanzlermehrheit kann der Deutsche Bundestag in Notfällen wie Naturkatastrophen oder tiefen Rezessionen eine höhere Verschuldung beschließen, und zwar in unbeschränkter Höhe.

Das geschieht im Moment mit den beiden Konjunkturpaketen zur Abwehr der Finanz- und Wirtschaftskrise. Allerdings müssen die aufgenommenen Schulden in angemessener Frist zurückgeführt werden.

#### Konsolidierungshilfen für die finanzschwächsten Länder

Solidarische Konsolidierungshilfen ermöglichen den Ländern in schwieriger Haushaltslage den Einstieg in die neuen Regelungen. Sie erhalten insgesamt 7,2 Milliarden Euro (Berlin, Bremen, Schleswig-Holstein, Saarland und Sachsen-Anhalt). Für neun Jahre sind das 800 Millionen Euro pro Jahr. Der Stabilitätsrat der Finanzminister von Bund und Ländern wird ein haushalts- und finanzpolitisches Frühwarnsystem einrichten (Artikel 109a Grundgesetz).

#### Erklärung der Landesgruppe Schleswig-Holstein

Zu den Ergebnissen der Föderalismusreform II hat es sowohl innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion als auch in der Landesgruppe der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten intensive Diskussionen gegeben.

Die Gesamtbewertung der Entscheidungsprozesse und der Ergebnisse hat dazu geführt, dass sich einige Bundestagsabgeordnete der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein dieser, im Respekt vor der Mehrheitsentscheidung der SPD-Bundestagsfraktion, anschließen. Andere Abgeordnete erachteten ihre grundsätzlichen Bedenken - zumal es sich um eine Grundgesetzänderung handelte - für so schwerwiegend, dass sie ihre Zustimmung nicht geben konnten.

In der Bewertung des Sachverhalts, den besonderen Konsequenzen in Bezug auf die Interessen des Landes Schleswig-Holstein und den Erwartungen an notwendige Veränderungen und Verbesserungen im Bundesratsverfahren gab und gibt es in der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein hingegen keinerlei Differenzen. Alle vertreten nachdrücklich folgende Forderungen:

#### 1.

Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass die Souveränität der Länder zur Gestaltung ihrer Landeshaushalte gewahrt bleibt und hier nicht unangemessene Festlegungen und Eingriffe stattfinden können. Wir würden es politisch sehr unterstützen, wenn das Land Schleswig-Holstein diese offene Streitfrage zu einer verfassungsgerichtlichen Klärung führt.

#### 2.

Die unterschiedliche Höhe der verfassungsmäßigen Defizite zwischen Bund und Ländern wird von uns als sehr problematisch beurteilt. Eine strukturelle Verschuldungsmöglichkeit der Länder in Höhe von 0,0 Prozent bewerten wir als verfassungsrechtlich hochproblematisch, als diskriminierend im Verhältnis von Bund und Ländern und als ökonomisch unsinnig.

Wir erwarten, dass eine entsprechende Initiative der Bundesländer hinsichtlich einer Öffnung dieser Restriktive unbedingt positiv aufgenommen und umgesetzt wird.

#### 3.

Auch und insbesondere das Land Schleswig-Holstein hat in der Vergangenheit von den Möglichkeiten der Bund-Länder-Kooperation zur Finanzierung von Bildungsinvestitionen nachhaltig profitiert.

Dieses hat sich nicht nur in der jüngsten Zeit durch die gemeinsame Finanzierung nach § 91 GG für den Bereich der Wissenschaft (und damit der Hochschulen) manifestiert, sondern auch im aktuellen Konjunkturprogramm II gibt es eine überaus sinnvolle gemeinsame Finanzierung von Investitionen in Bildung und Forschung im Sinne eines erweiterten § 104 GG. Wir appellieren nachdrücklich, dass sich die Länder und der Bund auf eine grundgesetzlich abgesicherte bessere Kooperation bei der Finanzierung von Bildung einigen. Kooperationsverbote, wie sie leider noch einmal im Grundgesetz festgelegt werden sollen, haben keine Berechtigung und müssen für die Zukunft korrigiert und überwunden werden.

## Ostseestrategie voranbringen

Am 29. Mai 2009 hat der Deutsche Bundestag den federführend von Franz Thönnnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, mit erarbeiteten Koalitionsantrag „Ostseestrategie voranbringen und unterstützen“ (Drs. 16/13171) beschlossen. Dieser Antrag beinhaltet die Position von CDU/CSU und SPD hinsichtlich der aktuell notwendigen Ostseepolitik.

und Kulturen zusammenbringen. Deshalb wird die Bundesregierung aufgefordert, sich in der EU und im Ostseerat dafür einzusetzen, dass an stark frequentierten Grenzübergängen die bestehenden Informationszentren gesichert bzw. neue eingerichtet werden. Dort sollen Arbeitnehmer die Möglichkeit erhalten, sich umfassend über die sozial-, arbeits- und steuerrechtlichen Fragen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme im

et sich dafür einzusetzen, dass der Tourismus, der für die wirtschaftliche Entwicklung der Ostseeregion eine zunehmende Bedeutung erfährt, als Handlungsfeld in die Ostseestrategie aufgenommen wird.

Außerdem wird im Antrag das Projekt eines Ostseegeschichtsbuches unterstützt, wie es unter der Federführung der Lübecker Academia Baltica entwickelt wurde. Die Koalitionsfraktionen fordern, dass dies von der Bundesregierung als Beitrag zur Identitätsbildung der Region im Rahmen der Pilotprojekte der Ostseestrategie unterstützt wird. „Solche gemeinsamen Projekte tragen dazu bei, mit den unterschiedlichen Erfahrungen aus der Geschichte die Zukunft gemeinsam zu gestalten“, erläuterte Thönnnes.

Identität entsteht auch durch gemeinsame Erfahrungen und Erlebnisse, z.B. durch den Jugendaustausch. Die Ostseejugendstiftung in Kiel ist dafür ein gutes Instrument. Die Jugend ist für die Entwicklung einer jeden Gesellschaft die zentrale Basis. Die geforderte Prüfung einer finanziellen Unterstützung der Ostseejugendstiftung muss nunmehr positiv zum Abschluss gebracht werden und die Bundesregierung sich finanziell an dieser Stiftung beteiligen. „Junge Menschen sind die künftigen Garanten für die Stabilität der Demokratie, der Weltoffenheit, der Toleranz und der Kreativität rund um die Ostsee“, bestätigt Thönnnes.

„Der Antrag bietet insgesamt eine gute Grundlage für eine neue Phase der koordinierten Zusammenarbeit im Ostseeraum, um im Rahmen der Ostseestrategie erheblich beitragen zu können, die Ostseeregion zu einer europäischen Modellregion zu entwickeln“, fasste Thönnnes zusammen.



*Franz Thönnnes mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziale Wohlfahrt“ der Ostseeparlamentarierkonferenz am 12. Mai 2009 in Berlin*

Folgende Punkte dieses Antrags sind neben den umwelt-, wirtschafts- und verkehrspolitischen Aspekten auch für Schleswig-Holstein besonders wichtig: Im Ostseeraum entstehen mehr und mehr grenzüberschreitende Arbeitsmärkte; zum Beispiel in den Regionen am Öresund zwischen Kopenhagen und Malmö, Helsinki und Tallinn, Sonderjylland und Schleswig oder bald auch zwischen dem dänischen Seeland und Schleswig-Holstein mit der geplanten Fehmarnbeltquerung. Arbeitsangebote, Arbeitskräftebedarfe und wachsende Mobilitätspotentiale führen zu vitalen grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten mit steigenden Grenzpendlerzahlen, die die Wirtschaftskraft der Region stärken, den Wohlstand mehr

seeregion stellt der soziale Dialog dar. Das von der EU geförderte und von Gewerkschaften sowie Arbeitgebern gleichermaßen getragene Baltic Sea Labour Network (BSLN) ist hierfür ein gutes Beispiel. „Gerade angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise ist es wichtig, diesen sozialen Dialog weiterhin zu fördern und zu unterstützen. Denn gute Beziehungen der Sozialpartner können wesentlich zur Bewältigung schwieriger Situationen beitragen“, so Thönnnes.

Auch soll durch noch stärkere Vernetzung der Forschungseinrichtungen rund um die Ostsee die Region zu einem der führenden europäischen Forschungsstandorte ausgebaut werden. Von der Bundesregierung wird weiterhin erwar-

Nachbarland zu informieren. „Denn sozial gesicherte Arbeit zu fairen Bedingungen fördert die Mobilität und stärkt die Wirtschaftsregionen beiderseits der Grenzen“, führte Thönnnes aus.

Einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Dimension in der Ost-

## Mindestlohn-Gesetze erhalten Zustimmung Situation für Zeitarbeitsbranche noch unklar

Die Neuregelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingengesetzes sind inzwischen verabschiedet worden. Regelungen für die Zeitarbeitsbranche wurden damit aber nicht festgelegt. Mit der Zustimmung des Bundesrates ist der Weg frei für Mindestlöhne in weiteren wichtigen Wirtschaftsbranchen. "Für viele Bürgerinnen und Bürger, die hart arbeiten, wurde damit die Voraussetzung geschaffen, dass sich ihre Anstrengung künftig auch auszahlt und ihre Arbeit angemessen entlohnt wird", so Franz Thönnies, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales. "Das schafft auch die Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb, der über die Qualität und nicht durch sittenwidrige Löhne entschieden wird."

Das **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** bietet einen Rechtsrahmen, um tarifvertragliche Mindestlöhne für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einer Branche verbindlich zu machen, unabhängig davon, ob der Arbeitgeber seinen Sitz im In- oder Ausland hat. Durch die Neufassung wird das Gesetz klarer und verständlicher gestaltet. Sechs weitere Branchen werden mit der Neuregelung in den Schutz des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes aufgenommen:

- ◆ Pflegebranche (Altenpflege und häusliche Krankenpflege)
- ◆ Sicherheitsdienstleistungen
- ◆ Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken
- ◆ Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft
- ◆ Abfallwirtschaft (einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst)
- ◆ Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch

Insgesamt neun Branchen können damit künftig über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz durch Mindestlöhne vor Lohndumping geschützt werden. Zu Beginn dieser Legislaturperiode regelte das Gesetz Mindestlöhne für 700.000 Beschäftigte des Baugewerbes. Im weiteren Verlauf wurden es rund 1,8 Millionen. Jetzt kommen mit den sechs neuen Branchen noch einmal rund 1,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hinzu, die durch Mindestlöhne über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz geschützt werden.

Das **Mindestarbeitsbedingengesetz** ermöglicht die Festsetzung von Mindestarbeitsentgelten für die Wirtschaftszweige, in denen die tarifgebundenen Arbeitgeber bundesweit weniger als 50% der unter den Geltungsbereich aller Tarifverträge fallenden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen beschäftigen.

Während der Verhandlungen hatte sich die Große Koalition darauf geeinigt, die Zeitarbeit nicht in das Entsendegesetz aufzunehmen, sondern eine Lohnuntergrenze in dem **Arbeitnehmerüberlassungsgesetz** selbst festzulegen. Strittig ist seither, wie die künftige Lohnuntergrenze bestimmt werden soll. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hat bereits sechs Vorschläge zur Umsetzung vorgelegt, die allesamt von der CDU abgelehnt wurden. Diese beharrt bislang darauf, den niedrigsten der vier derzeit existierenden Flächentarifverträge zum Maßstab zu nehmen. Das nährt den Verdacht, dass die Union in Wahrheit die Beschäftigten der Zeitarbeitsbranche gar nicht vor Ausbeutung schützen will. Damit ist klar, dass die Bundestagswahl im September auch eine Entscheidung über Mindestlöhne wird.

**Lohndumping  
verboten!**

**Für Mindestlöhne.**

## SPD und Gewerkschaften - Für sozialen Fortschritt in Europa

Eine soziale Ordnung für Europa mit fairen Regeln für die Märkte und fortschrittlichen sozialen Rechten für die Menschen - das ist eine gemeinsame Kernforderung von SPD und Gewerkschaften für die Zukunft der Europäischen Union im neuen Jahrzehnt. Ein gemeinsames Papier von SPD und DGB gibt nun konkrete Handlungsschritte für ein soziales Europa vor.

Erarbeitet wurde das gemeinsame Positionspapier mit dem Titel "Für ein Europa des sozialen Fortschritts" von dem SPD-Spitzenkandidaten für die Europawahl Martin Schulz, dem Bundesvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer,

der stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Andrea Nahles, dem Vorsitzenden der Vereinten Dienstleistungsgesellschaft ver.di Frank Bsirske, vom Bundesminister für Arbeit und Soziales Olaf Scholz, sowie von dem Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft IG Bauen-Agrar-Umwelt Klaus Wiese. Das gemeinsame Positionspapier wurde am 4. Mai 2009 vom SPD-Präsidium und am 5. Mai 2009 vom DGB-Bundesvorstand beschlossen.



*Franz Thönnies im Gespräch mit einer Bürgerin anlässlich des 1. Mai 2009 in Bargteheide*

### Vorrang für soziale Grundrechte

Kernforderung des Positionspapiers: Sicherzustellen, dass die wirtschaftlichen Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes keinen Vorrang vor sozialen Grundrechten und Zielen haben. Die sozialen Grundrechte müssen im Konfliktfall vorgehen. Eine für SPD wie auch die Gewerkschaften "unverzichtbare" Forderung, wie ver.di-Chef Frank Bsirske unterstrich.

### Die EU zum sozialen Fortschritt verpflichtet

Konkretisiert wird dieser Anspruch mit der Forderung nach einer sozialen Fortschrittsklausel, die direkt im EU-Primärrecht, der zentralen Rechtsquelle der Europäischen Union, festzuschreiben ist und sicherstellen soll, dass die sozialen Grundrechte - wie Grundrechte überhaupt - Vorrang gegenüber den wirtschaftlichen Grundfreiheiten haben. Arbeitsminister Olaf Scholz unterstrich in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Arbeitnehmerrechte. Besonders die Koalitionsfreiheit - das Recht, Gewerkschaften zu bilden - und auch das Streikrecht der Gewerkschaften seien „unverhandelbar“, bekräftigte Scholz.

### Klares Bekenntnis Europas für das Soziale

Weiter werden in dem Positionspapier alle europäischen Institutionen aufgefordert, sich klar und verbindlich zum sozialen Fortschritt und zur Anerkennung und Stärkung sozialer Grundrechte in der EU zu verpflichten. Martin Schulz kündigte an, dass die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament die Forderungen aus dem Positionspapier zur Voraussetzung für ihre Zustimmung zur neuen EU-Kommission nach der Europawahl machen werden: "Keine Kommission wird mit den Stimmen meiner Fraktion ins Amt kommen, die sich nicht zu sozialem Fortschritt in Europa und zu einer sozialen Fortschrittsklausel bekennt."

### Verhinderung von Sozialdumping

Dritte Kernforderung des Positionspapiers: Eine Klarstellung der EU-Entsenderichtlinie nach dem Prinzip "gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort". Die Entsenderichtlinie soll künftig zu einer Verbesserung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beitragen, Arbeitnehmerrechte schützen und der Verhinderung von Sozialdumping dienen.

## SPD und Gewerkschaften für sozialen Fortschritt in Europa - Teil II

### Nur mit einer starken Sozialdemokratie gibt es ein Europa des sozialen Fortschritts

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften unterstreichen mit dem gemeinsamen Positionspapier ihr hohes Maß an Einigkeit und Übereinstimmung, was sozialen Fortschritt in Europa betrifft. Michael Sommer bekräftigte, man werde "gemeinsam dafür eintreten, das soziale Europa zu stärken". Andrea Nahles bezeichnete das Papier als "Auftakt" für eine weitere enge Zusammenarbeit. "Die Krise bedeutet einen Wendepunkt für Europa", so Nahles, "und das muss sich niederschlagen in einer neuen Politik". Aber die Konservativen und Liberalen in Europa wollen auch nach der Krise Wettbewerb und Deregulierung weiter Vorrang vor fairen Löhnen und den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa geben. Klar ist daher: Nur mit einer starken Sozialdemokratie und starken Gewerkschaften wird es ein Europa des sozialen Fortschritts geben.

### Bad Oldesloer Schwerbehindertenvertreter bei SPD-Konferenz in Berlin

Am 29. Mai 2009 fand in Berlin eine gemeinsame Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion mit Vertrauenspersonen der Schwerbehinderten in Betrieben aus ganz Deutschland statt. Hierzu begrüßte Franz Thönnies, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Klaus-Dieter Schulz aus Bad Oldesloe, der bei der Deutschen Bahn Regio AG Schleswig-Holstein in Kiel schwerbehinderte Mitarbeiter vertritt. „Die Weiterbeschäftigung oder Einstellung von Menschen mit Behinderungen in den Betrieben ist trotz aller Anstrengungen der letzten Jahre noch nicht überall eine Selbstverständlichkeit. Wir dürfen nicht nachlassen, die Arbeitsbedingungen menschen- und behindertengerechter zu gestalten. Dabei kommt den betrieblichen Schwerbehindertenvertretungen eine wichtige Rolle zu“, so Thönnies. Und Klaus-Dieter Schulz ergänzt: „Auch die menschengerechte Arbeitsgestaltung durch Beseitigung, Verringerung und Vermeidung von Fehlbeanspruchungen neben einer aktiven Gesundheitsförderung genießt in den meisten Betrieben längst nicht den Stellenwert, der ihr gebührt. Deshalb begrüße ich diese Form des Meinungs austausches ausdrücklich und hoffe auf Fortsetzung.“



Klaus-Dieter Schulz und Franz Thönnies

### Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion Thönnies begrüßt Arbeitnehmervertreter aus Norderstedt in Berlin

Auf Einladung von Franz Thönnies, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, nahm Andreas Wiegand von der UTAX GmbH in Norderstedt am 22. April 2009 an der Frühjahrs-Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion teil.

„Die aktuelle Krise in den Finanzmärkten mit ihren massiven Folgen für die Realwirtschaft sind für uns alle eine große Herausforderung. Der bevorstehende Abschwung bedroht viele Arbeitsplätze, darum brauchen wir auch einen Schutzschirm für Beschäftigung“, beschreibt Franz Thönnies das gemeinsame Ziel. Deshalb hatte die SPD-Bundestagsfraktion über 300 Arbeitnehmervertreter aus ganz Deutschland nach Berlin eingeladen, um mit Ihnen über die aktuelle Situation zu diskutieren. Die Betriebsräte hatten die Möglichkeit mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, dem SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Peter Struck den Dialog zu führen. Thönnies: „Es geht jetzt darum klar zu machen, dass langfristiges Denken, Beschäftigungssicherung und Anerkennung der Arbeit durch Mitsprache im Betrieb auf der



Andreas Wiegand und Franz Thönnies

Tagesordnung stehen.“ Dem stimmt auch Betriebsrat Andreas Wiegand aus Segeberg zu. „Dies war eine informative Veranstaltung. Zum Glück ist die UTAX GmbH noch sehr gut aufgestellt, so dass ich hoffe, dass wir nicht auf den Schutzschirm für Beschäftigung zurückgreifen müssen.“

## Kaltenkirchener TRANSNET-Gewerkschaftsjunior in der Hauptstadt Thönnnes lud zum Berliner Dialog:



*Franz Thönnnes und Stefan Schulze vor dem Paul-Löbe Haus in Berlin*

„Die Herausforderungen für die Zukunft des Sozialstaates können wir nur im kollegialen Miteinander meistern“, so Stefan Schulze (23), TRANSNET-Gewerkschaftsjunior, nach seiner Teilnahme am Berliner Dialog zwischen SPD-Bundestagsfraktion und jungen Gewerkschaftern vom 11. bis 15. Mai 2009. Der einstige Jugendvertreter arbeitet bei der AKN Kaltenkirchen als Schlosser und Lokomotivführer und war auf Einladung von Franz Thönnnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales in die Bundeshauptstadt gekommen. Thönnnes: „Das Band zwischen SPD und Gewerkschaften ist und bleibt ein wichtiger Pfeiler für die soziale Marktwirtschaft“.

Deshalb habe die SPD auch gerade erst mit dem DGB ein Positionspapier für sozialen Fortschritt in Europa beschlossen. Stefan Schulze nahm eine Woche lang hautnah am politischen Geschehen im Parlamentsbereich teil und begleitete Franz Thönnnes zeitweise bei seiner politischen Tätigkeit. Ziel des Erfahrungsaustausches mit jungen Gewerkschaftern war es, die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten sowie das Gesetzgebungsverfahren in der Praxis erleben zu können.

Unter anderem nahm Stefan Schulze an einer Abendveranstaltung mit der Führungsspitze des DGB Nord mit ihrem Vorsitzenden Peter Deutschland und einem Gewerkschaftssekretär von

TRANSNET teil. Außerdem fanden Gespräche mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck, Arbeitsminister Olaf Scholz, Finanzminister Peer Steinbrück und der sozialpolitischen Sprecherin Andrea Nahles statt. „Man gewinnt während einer derartigen Woche mehr Verständnis für die unterschiedlichen Meinungsbildungsprozesse und Entscheidungen“, mein Stefan Schulze. „Nach dieser interessanten Woche ziehen wir eine positive Bilanz und nehmen uns vor, gemeinsam für einen weiteren Austausch im Rahmen derartiger Praktika zu werben, denn schließlich können wir die Wurzeln zwischen SPD und Gewerkschaft nur im Dialog stärken“, betonten Franz Thönnnes und Stefan Schulze abschließend.

## Besucherandrang ungebrochen



*Besuch einer BPA-Besuchergruppe vom 28. bis 30. April 2009*



*Die 11b des Kreisgymnasiums Bargtheide mit SPD-MdB Franz Thönnnes*

Bereits im letzten Thönnnes-Info-Brief hatte Franz Thönnnes auf das große Interesse von Bürgerinnen und Bürgern aufmerksam gemacht, den Deutschen Bundestag zu besuchen. Drei Monate vor der Bundestagswahl ist dieses ungebrochen. Neben Schülergruppen, wie der des Eckhorst Gymnasiums Bargtheide, konnte der SPD-Bundestagsabgeordnete auch wieder eine durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisierte Besuchergruppe in Berlin begrüßen. Thönnnes: „Dass so viele Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis an meiner Arbeit in Berlin interessiert sind freut mich sehr. Es ist ein Zeichen für eine funktionierende Demokratie, wenn das Interesse an den politischen Abläufen so ausgeprägt ist.“

## Vorübergehende Teamaufstockung im Berliner Abgeordnetenbüro

Bis Mitte März arbeiteten zwei helfende Hände mehr im Bundestagsbüro von Franz Thönnnes. So absolvierte der aus Bad Oldesloe stammende und in Düsseldorf Geschichte und Politik studierende **Robert Brauns** ein einmonatiges Praktikum. Robert arbeitete aktiv im Tagesgeschäft mit, besuchte Plenar- und Ausschusssitzungen und

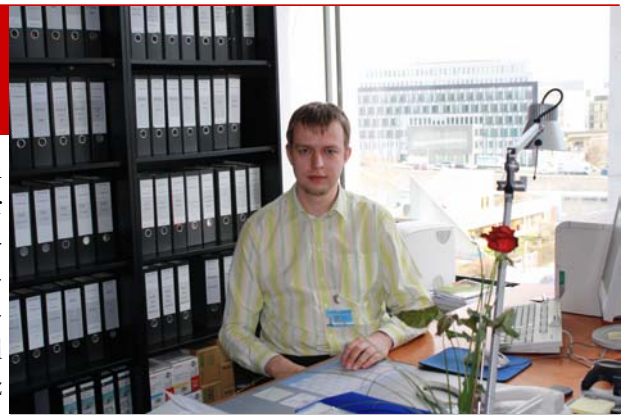


*Franz Thönnnes mit Robert Brauns vor der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft*

begleitete Franz Thönnnes zu verschiedensten Terminen in den Sitzungs-

wochen. Robert Brauns: „Der Monat in Berlin war insgesamt eine sehr spannende Zeit. Die Einblicke in den parlamentarischen Ablauf waren eine gute praktische Ergänzung zu meinem Studium.“

Seit dem 2. März und bis zum 31. Juli 2009 ist der aus Estland stammende **Mart Kozlov** im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums im Berliner Büro eingebunden. Mart Kozlov arbeitet an einem eigenen Projekt im Bereich Ostseepolitik und begleitet den SPD-MdB und Parlamentarischen Staatssekretär zu Sitzungen der Ausschüsse, Fraktionen und anderer Gremien. So gewinnt er Einblicke in die internen Funktionsweisen, Zusammenhänge und Verfahrensabläufe des Parlaments.



*Mart Kozlov am Schreibtisch im Abgeordnetenbüro*

## Schülerin aus Henstedt-Ulzburg schaut in Berlin hinter die Kulissen

Thönnnes lud zum Girls' Day 2009 ein



Nelly Diedrich und Franz Thönnnes vor dem Plenarsaal des Deutschen Bundestages

Nelly Diedrich, Schülerin am Alstergymnasium in Henstedt-Ulzburg, verbrachte am 23. April 2009 auf Einladung von Franz Thönnnes einen Tag bei der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin. Anlass für die Einladung war der Girls' Day 2009. Insgesamt 80 Schülerinnen aus der ganzen Bundesrepublik hatten Gelegenheit, den Politikbetrieb von innen kennen zu lernen.

„Auch in der Politik und in der Politikberatung brauchen wir mehr Frauen. Deshalb beteiligt sich meine Fraktion schon zum sechsten Mal am Girls' Day“, erklärt Thönnnes.

Nelly Diedrich bekam Einblicke in den Büroalltag des Berliner Abgeordnetenbüros von Franz Thönnnes, lernte die Arbeitsabläufe kennen und hatte Gelegenheit zu Gesprächen mit dem SPD-Politiker und seinem Mitarbeiter-Team. „Mein Interesse an der Arbeit im Parlament jedenfalls ist geweckt“, zieht Nelly Diedrich für sich Bilanz. Hier setzt der Girls' Day an. Er will Mädchen ermutigen, ihre Ausbildung und ihren Beruf aus einer breiteren Palette von Möglichkeiten auszuwählen. „Dieses Projekt leistet einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit für Mädchen und Frauen in der Ausbildung und im Erwerbsleben“, meint Franz Thönnnes überzeugt.

## Charity Network aus Norderstedt erhält Urkunde in Berlin

Franz Thönnnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales und der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Bernd Scheelen haben am 6. Mai 2009 dem Leiter des Projekts „Charity Network – Schüler schaffen Arbeit“ im Reichstagsgebäude in Berlin als Anerkennung für das beispielhafte ehrenamtliche Engagement eine Urkunde der SPD-Bundestagsfraktion überreicht. „Charity Network ist ein hervorragendes Vorbild für die Umsetzung des Konzepts „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, beschreibt Thönnnes die Idee. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte zur Konferenz „Mit gutem Beispiel voran – Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in den Deutschen Bundestag eingeladen. Walter Zielinski stellte wie auch 30 weitere Teilnehmer sein Projekt zur Verankerung nachhaltiger Entwicklung in



v.l.n.r.: Bernd Scheelen, MdB, Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Walter Zielinski, Charity Network, Franz Thönnnes, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär

der Bildung auf einem Markt der Möglichkeiten vor. Im Charity Network-Projekt bauen Schüler und Arbeitssuchende in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit kostenlos abgegebene Firmen- und Geschäftscomputer neu zusammen und geben diese an öffentliche Einrichtungen zum Selbstkostenpreis wieder ab. „Dass sich der Slogan ‚Schüler schaffen Arbeit‘ in die Rea-

lität umsetzen ließ und tatsächlich bereits ein Mitarbeiter fest gestellt werden konnte, rundet das Ganze noch ab.“ Walter Zielinski zeigte sich mit der Veranstaltung sehr zufrieden: „Dies war eine gute Gelegenheit, uns vorzustellen, sich mit anderen ehrenamtlich Aktiven aus dem Themenfeld auszutauschen und sich zu vernetzen.“



Quelle: O. Fischer / [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)

## Ein Jahr in den USA – Austauschprogramm von Bundestag und US-Kongress

SPD-MdB Thönnnes wirbt: Wer Interesse hat an einem Jahr in den USA, sollte diese Chance nutzen: Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms (PPP) fördert der Deutsche Bundestag auch im kommenden Jahr den Jugendaustausch mit den USA mit Stipendien für Schüler und junge Berufstätige.

Das Programm wird vom Deut-

geordneten der beiden Parlamente betreut, der die Patenschaft für die Stipendiaten übernimmt.

"Nichts fördert die Völkerverständigung besser als persönliche Kontakte. Auslandserfahrungen bereiten Jugendliche besonders gut auf die internationalen Anforderungen der künftigen Gesellschaft vor", unterstreicht Thönnnes, der dieses Projekt seit Jahren betreut.

Für das Schuljahr 2010-2011 läuft die Bewerbungsfrist bis zum 4. September 2009. Schüler müssen zum Beginn des Auslandsaufenthalts am 31. Juli 2010 die 10. Klasse bzw. den Hauptschulabschluss abgeschlossen haben und zwischen 15 und 17 Jahren alt sein. Junge Berufstätige müssen ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und zwischen 16 und 24 Jahre alt sein.

Die Bewerbungsunterlagen können im Bürgerbüro von Franz Thönnnes in Bad Segeberg angefordert werden, per E-Mail [buergerbuero@thoennes.de](mailto:buergerbuero@thoennes.de), telefonisch unter 04551-96 83 83, oder per Fax 04551-96 73 38.

## Landesparteitag Schleswig-Holstein

### Landesliste erfolgreich zusammengestellt

# Stark im Norden!



Franz Thönnnes zusammen mit dem SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering

Die Landeswahlkonferenz der SPD Schleswig-Holstein hat Ende März in Elmshorn ihre Liste für die Bundestagswahl am 27. September 2009 aufgestellt. Die Liste wurde vom Landesvorstand einge-

bracht und zuvor auch vom Landesparteierrat der SPD Schleswig-Holstein bestätigt. Mit dem beschlossenen Platz 3 für die Landesliste zur Bundestagswahl 2009 zeigte sich Franz Thönnnes, SPD-

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Segeberg/Stormarn-Nord und Parlamentarischer Staatssekretär, sehr zufrieden. Thönnnes: „Das war ein Parteitag, der für den Wahlkampf motiviert und Siegeswillen ausgestrahlt hat.“ Insgesamt stellte die schleswig-holsteinische SPD 23 Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl im September auf. Derzeit ist sie mit neun Abgeordneten im Bundestag vertreten.

Die guten Wahlergebnisse der letzten Zeit in Schleswig-Holstein berücksichtigend, brachte Franz Müntefering die Ausgangslage zur Bundestagswahl auf den Punkt, als er den Genossinnen und Genossen zurief: „Was soll man sonntags machen als Vorsitzender? Fährste dahin, wo gewonnen wird“.

## Kruse-Gobrecht und Thönnnes: Gemeinsam gegen Kinderarmut Arbeit und Betreuungsangebote für Alleinerziehende schaffen



Die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Stormarn, Frau Birte Kruse-Gobrecht und Franz Thönnnes, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär

von einem Armutsrisiko betroffen. Bundesweit gibt es ca. 635.000 Alleinerziehende im Arbeitslosengeld-II-Bezug. 95 Prozent davon sind Frauen. Insgesamt leben rund 1 Million Kinder in Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften. Mit Stand vom März 2009 wurden in Stormarn 1.075 Alleinerziehende mit gut 1.630 Kindern betreut. Thönnnes: „Das sind knapp ein Drittel aller Kinder in unserem Kreis, die sich im Bereich des Armutsrisikos befinden.“

Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung habe gezeigt, dass in einem arbeitslosen Alleinerziehenden-Haushalt durch die Aufnahme einer Vollzeit-Beschäftigung die Armutsrisikoquote von 48 % auf 8 % gesenkt

„Wir brauchen über einen Runden Tisch eine gemeinsame Kraftanstrengung für Alleinerziehende, um die Kinderarmut in Stormarn gezielt zu bekämpfen“, so SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales Franz Thönnnes in einem Gespräch mit der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Stormarn, Frau Birte Kruse-Gobrecht.

Der SPD-Politiker lobte dabei die Initiative aller hauptamtlichen

Gleichstellungsbeauftragten, kreisweit von März bis Oktober 2009 Infobörsen und Wiedereinstiegstage für die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit oder die Rückkehr in den Beruf anzubieten. Beide Gesprächspartner waren sich darüber einig, dass angesichts der Armutsentwicklung in Stormarn eine Gruppe besondere Aufmerksamkeit bei den Integrationsbemühungen finden müsse:

Alleinerziehende und ihre Kinder, denn diese sind überproportional

werden könne. „Die beste Lösung Kinder aus der Armut herauszuholen, ist, Mutter oder Vater wieder in Arbeit zu bringen“, so Thönnnes. Birte Kruse-Gobrecht: „Hier anzusetzen ist genau richtig, denn sonst verschlechtern sich nach und nach auch die Bildungs- und Zukunftschancen der betroffenen Kinder.“ Wichtig sei neben dem Angebot an Arbeitsplätzen für die Alleinerziehenden auch ein ausreichendes Betreuungsangebot für deren Kinder. Gespräche mit Unterneh-

## Kruse-Gobrecht und Thönnnes: Gemeinsam gegen Kinderarmut TEIL - II

mensvertretern im Wirtschaftsbeirat der IHK hätten ihr gezeigt, dass eine Beschäftigungsaufnahme häufig an fehlenden Betreuungsmöglichkeiten in den Kommunen scheitere. Hier gelte es anzusetzen.

Man könne davon ausgehen, dass Alleinerziehende ebenso gut qualifiziert sind, wie Mütter, die mit ihren Partnern zusammenleben. Häufig sei ihre Motivation sogar überdurchschnittlich, da sie auch wirtschaftlich eigenständig sein wollen. Neben der mangelnden Kinderbetreuung könne es aber auch noch andere Problemfelder geben, bei denen gezielt geholfen werden müsse, so Kruse-Gobrecht. Dies gelte beispielsweise für fehlende Qualifikationen, Mobilität oder psychosoziale Fragestellungen.

„Wir leben in einem der reichsten Kreise in Schleswig-Holstein. Da darf uns Kinderarmut nicht kalt lassen. Wir tragen hier alle Verantwortung und sind gefordert. Deswegen brauchen wir eine Schwerpunktsetzung und eine gemeinsame Initiative. Lobenswerte einzelne Bemühungen sind wichtig und müssen auch fortgesetzt werden. Doch reichen sie alleine nicht aus“, so Thönnnes. Deshalb lädt der SPD-Politiker am 24. Juni 2009 alle relevanten Partner in der Wirtschaftsregion Bad Oldesloe, Bargteheide, und Ahrensburg zu einem Runden Tisch „Arbeit für Alleinerziehende - Kinderbetreuung organisieren!“ ein. Aufgabe müsse es sein, ein Netzwerk von konkreter Hilfe und Beratung zu schaffen, in dem es zu engen, systematischen und gezielten Kooperationen aller Beteiligten komme. Dabei müsse auch ebenso über Hemmnisse offen gesprochen werden. Nur so ließen sich auch pragmatische Lösungen finden. Das vorrangige Ziel müsse jedoch dabei lauten, arbeitslose Alleinerziehende wieder in Beschäftigung zu bringen. Dies stärke ihre Eigenständigkeit und sei der beste Schutz gegen Kinderarmut.

## Termine

**Donnerstag 11. Juni 2009 19.00 Uhr:**

**Festaussstellungseröffnung zur „Bad Oldesloer Solidaritätswoche zur Armut“ der SPD-  
Bad Oldesloe, Bürgerhaus, Mühlenstr. 22 in 23843 Bad Oldesloe**

**Samstag 13. Juni 2009 13.00 Uhr:**

**„Fest der Nationen“, Marktplatz - 23812 Wahlstedt**

**Sonntag 14. Juni 2009 ca. 10 Uhr:**

**„Außerordentlicher Bundesparteitag“, Estrel-Convention Center - Sonnenallee 225 in  
12057 Berlin**

### **Bürgerbüro**

Oldesloer Straße 20  
23795 Bad Segeberg  
Tel.: 04551-968383  
Fax.: 04551-967338  
E-Mail: buergerbuero@thoennes.de

### **Berliner Büro**

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-71128  
Fax.: 030-227-76828  
E-Mail: franz.thoennes@bundestag.de

### **Impressum**

*Herausgeber:* Franz Thönnnes  
*Redaktion:* Franz Thönnnes,  
Flemming Krause  
*Redaktionsadresse:* Berliner Büro,  
Platz der Republik 1,  
11011 Berlin

**Mehr Informationen unter: [www.thoennes.de](http://www.thoennes.de)**